

Fluglärm steigert Krankheitsrisiko

Hessens Grüne fordern aufgrund einer Studie Anhörung im Landtag – Verkehrsminister Dieter Posch CDU): „Aktionismus“

Die hessischen Grünen fordern eine Landtagsanhörung zu den Gesundheitsgefahren im Rhein-Main-Gebiet durch wachsenden Lärm am Frankfurter Flughafen.

WIESBADEN. Bei einer Pressekonzferenz der Grünen-Fraktion gestern in Wiesbaden trat der Arzt und Epidemiologe Eberhard Greiser auf, der in einer Studie zum Flughafen Köln/Bonn Zusammenhänge zwischen Fluglärm und Erkrankungen nachgewiesen hat. Durch den Krach steige das Risiko von Schlaganfällen und Herz-Kreislauf-Leiden, erklärte er.

SPD und Linke unterstützten die Grünen-Forderung nach einer Anhörung. Hessens Verkehrsminister Dieter Posch (FDP) hatte hingegen ein Fluglärm-Gutachten als vorerst nicht notwendig bezeichnet; er wies ebenso wie die CDU die Forderung zurück.

Greiser hatte für seine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes Daten von mehr als einer Million Flughafenwohnern der Region Köln/Bonn untersucht. Die Gesundheitsangaben stammten von acht gesetzlichen Krankenkassen. Resultat: Bereits ein Dauerschallpegel ab

40 Dezibel führe zu einem erhöhten Risiko von Herz-Kreislauf-Leiden.

Frauen, die in Airport-Nähe wohnen, hätten zudem ein erhöhtes Risiko an Leukämie oder Brustkrebs zu erkranken, zitierten die Grünen aus der 150 000 Euro teuren Studie, die bereits in Auszügen vorgestellt worden ist. Der Zusammenhang zwischen Fluglärm und Koronarkrankheiten sei erwiesen; der Bezug zu Krebserkrankungen bei Frauen sei plausibel, bedürfe aber weiterer Bestätigung.

Der Grünen-Abgeordnete Frank Kaufmann sagte, dass

solche Erkenntnisse nicht ignoriert werden dürften. Sie seien alarmierend. Die Ergebnisse der Studie seien „bedingt übertragbar“ auf die Situation in Frankfurt am Main, sagte Greiser. Die Zahl betroffener Menschen sei im Rhein-Main-Gebiet sogar noch größer. Er sagte, die Politik müsse abwägen, welche Gesundheitsgefahren den Bürgern zu zumuten seien und wie hoch dagegen der wirtschaftliche Nutzen des Flughafens ausfiele.

Als reinen Aktionismus bezeichnete Posch die Forderungen der Grünen und der SPD nach einer Landtagsan-

hörung. „Wir haben im Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt eine Vielzahl von Gutachten zu Fragen der Lärmmedizin berücksichtigt und auch deswegen strenge Regelungen für den Nachtflugbetrieb getroffen“, sagte Posch. „Wenn jetzt gefordert wird, eine einzelne neue Studie aufzugreifen, bevor sich die wissenschaftliche Welt mit ihr auseinandergesetzt hat, wäre das unbegründete Hektik.“ Der Minister betonte, dass die Auseinandersetzung mit lärmmedizinischen Gutachten in erster Linie Aufgabe des Bundesgesetzgebers sei.